



AFP PHOTO/DIGITALGLOBE

Satellitenbild von Falludscha: Privathäuser und ganze Straßenzüge sind vermint, in Trümmern improvisierte Bomben versteckt

IRAK

# Tage des Zorns

Als Antwort auf die Erstürmung von Falludscha haben Aufständische ihre Terroranschläge fast auf das ganze Land ausgedehnt. Die arabischen Sunniten, Saddams alte Machtbasis, fühlen sich verfolgt und drohen mit Wahlboykott. Der allerdings würde die Vormacht der Schiiten stärken.

In der Nacht zum Montag fiel die George-Washington-Brücke, am Dienstag der Abschnitt Queens, am Mittwoch standen die Marines bereits an der Michigan Avenue und drangen nach South Brooklyn vor – ein in Trümmern liegendes Industrieviertel am Ostufer des Euphrat im Zentralirak.

Die Stadt Falludscha, auf den taktischen Karten der US-Armee in übersichtliche Häuserblocks eingeteilt, die nach Distrikten von New York City benannt sind, leistete weniger Widerstand als erwartet. Obwohl sich der Angriff seit langem abzeichnete, hat der massive Einsatz amerikanischer Kampfflugzeuge, Helikopter und schwerer Artillerie die Moral der Aufständischen offenbar vom ersten Tag der Offensive an er-

schüttert. Das jedenfalls berichteten Einwohner der umkämpften Stadt den vorrückenden US-Soldaten.

Auseinandersetzungen zwischen irakischen und ausländischen Kämpfern hatten den Widerstand zusätzlich geschwächt. In einer Autowerkstatt im Südwesten der Stadt entdeckten die Eroberer am Donnerstag die Leichen von etwa 20 Arabern, die durch Kopfschüsse hingerichtet worden waren. Festgenommene Aufständische identifizierten sie



Premier Alawi  
Chefterrorist entwischt

als Gefolgsleute des jordanischen Terroristenführers Abu Mussab al-Sarkawi. Sie hätten im Angesicht der amerikanischen Übermacht ihre angewiesenen Stellungen verlassen und dafür mit ihrem Leben bezahlt.

Zwar dauerten die Gefechte am vergangenen Freitag noch an, und teilweise kämpften die Aufständischen erbitterter als in den Tagen zuvor, doch US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, vergangene Woche in Mittelamerika unterwegs, gab sich bereits sie-

JOHN MOORE / AP

gesgewiss: „Es geht zu Ende, und es geht erfolgreich zu Ende. Falludscha wird Terroristen und Extremisten keine Zuflucht mehr bieten.“

Doch wie der Triumph von Bagdad vor anderthalb Jahren könnte sich auch der Fall von Falludscha schnell als ein Pyrrhussieg erweisen. Das erklärte Ziel der Operation „Morgendämmerung“ war es, Kontrolle über die notorische Terrorhochburg herzustellen, um am 27. Januar auch das sogenannte Sunnitendreieck an der ersten demokratischen Wahl im Irak zu beteiligen. Nur: An Wahlen denkt in Falludscha im Augenblick niemand.

Die Stadt von einst 300 000 Einwohnern ist entvölkert und einstweilen unbewohnbar. Privathäuser und ganze Straßenzüge sind vermint, in Trümmer- und Müllhaufen sind improvisierte Bomben versteckt, die

rungen in Bagdad und Washington gehofft hatten.

Etwa 600 Rebellen sind bis zum vergangenen Freitag in Falludscha gefallen, doch nach Schätzungen der US-Armee ist der harte Kern des Widerstands inzwischen auf etwa 12 000 Mann angewachsen. Wie sich die Kämpfer über das Land verteilt haben, lassen die täglichen Bombenanschläge und Feuerüberfälle erahnen, die inzwischen fast das gesamte Zweistromland erschüttern.

Im nordirakischen Mossul scheint sich zu wiederholen, was ähnlich im vergangenen Frühsommer auch in Falludscha passiert war: Banden von Aufständischen und Terroristen kontrollierten den Gouverneursitz der zweitgrößten Stadt des Irak, fünf Brücken über den Tigris und weite Teile der Innenstadt.

sche Partei verließ am zweiten Tag der Operation unter Protest die Übergangsregierung von Premierminister Ijad Alawi. Scheich Harith al-Dhari, Chef der einflussreichen Vereinigung Muslimischer Gelehrter, die etwa 3000 Prediger vertritt, rief alle „ehrbaren Iraker“ auf, die Wahlen im Januar zu boykottieren. Wer sich am Urnengang beteilige, versündige sich „an den Leichen der Getöteten und am Blut der Verwundeten von Falludscha“.

Sunnitische Imame in Bagdad verbieten ihren Gläubigen schlicht die Teilnahme an der Wahl. Doch zwei Drittel der arabischen Sunniten – sie stellen nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung, bildeten aber die Machtbasis des gestürzten Diktators Saddam Hussein – würden gern wählen, wie eine US-Umfrage jüngst ermittelte. Ihre politischen Führer stehen deshalb vor einem Di-



**US-Infanteristen beim Häuserkampf, in den Straßen von Falludscha: „Es geht zu Ende, und es geht erfolgreich zu Ende“**

Wasser- und Stromversorgung ist zusammengebrochen. Der Geruch verwesender Leichen liegt über den Straßen.

Die meisten Bewohner der Stadt hatten sich schon vor dem Sturm auf Falludscha abgesetzt. „Bereits vor Monaten war das Leben nicht mehr erträglich“, sagt der nach Bagdad geflohene Elektrohändler Abd al-Kadir Ahmed, 58. Er klagt über das harte Regime, das die Aufständischen und ihre Dschihad-Verbündeten aus dem ganzen Nahen Osten in der Stadt errichtet hatten. „In Falludscha lebten wir schon immer als fromme Muslime, aber die Herrschaft dieser Taliban ging zu weit. Wir durften keine Musik mehr hören, alle Friseurläden wurden geschlossen, die Frauen durften nicht auf die Straße“, sagt Ahmed.

Jetzt weiß der Kaufmann nicht einmal, ob sein Haus noch steht. „Ich glaube, ich werde für den Rest meines Lebens bei meinen Verwandten in Bagdad bleiben.“

Im Schutz der Flüchtlingstrecks, die Falludscha verließen, haben sich auch viele Aufständische abgesetzt – unter ihnen vermutlich auch der Terrorist Sarkawi, auf dessen Festnahme oder Tötung die Regie-

Hunderte von Kämpfern haben sich in der Stadt Ramadi westlich von Falludscha verschanzt. In Samarra, das erst vor sechs Wochen von der US-Armee geräumt worden war, ermordeten sie vergangene Woche einen hohen Regierungsbeamten. In Baakuba brachten sie bei Angriffen auf drei Polizeistationen 45 Menschen um. Aber auch südlich von Bagdad, in Mahmudija und Latifija, tobt der Terror; allein 17 Menschen kamen am Donnerstag bei der Detonation einer Autobombe in Bagdad ums Leben. 130 Anschläge zählte die US-Armee am vergangenen Montag – eine Zahl, die vor Jahresfrist kaum in einem ganzen Monat erreicht wurde.

Die Operation in Falludscha, so hatte Uno-Generalsekretär Kofi Annan die irakische Regierung und ihre amerikanischen Schutzherrn gewarnt, bedrohe die Stabilität im Lande und gefährde die Wahlen. Er behielt Recht: Nicht nur die Sicherheitslage hat sich dramatisch verschärft, auch das politische Klima hat sich verschlechtert.

Mit vorhersagbarem Zorn haben viele Sunnitenfürher auf die Erstürmung von Falludscha reagiert. Die Irakische Islami-

lemma: Entweder sie setzen ein Zeichen, folgen dem Boykott-Aufruf und untergraben damit die Legitimität der künftigen Regierung – oder sie treten an, riskieren ihr Leben und unterliegen aller Voraussicht nach den Schiiten, die etwa 60 Prozent des Wahlvolks stellen und längst dabei sind, ihre Stellungen auszubauen.

Denn in Nadschaf, der heiligen Stadt der Schiiten, schmiedet Großajatollah Ali al-Sistani seit Wochen an einem mächtigen Wahlbündnis, das alle Parteien seiner Glaubensgemeinschaft unter einem Dach versammeln soll. Unwillig zeigen sich bislang nur sein Rivale, der Volkstribun Muk-tada al-Sadr, und dessen unerwarteter Bündnisgenosse Ahmed Tschalabi, der sich vom Schützling des Pentagon zu einem irakischen Nationalisten mit besten Beziehungen zu den Mullahs in Teheran gewandelt hat.

Anders als den Schiiten – und den Kurden im Norden – fehlt es den arabischen Sunniten an zentralen Führungsfiguren. Ihre Parteien sind schlecht organisiert und zersplittert, säkulare Gruppen wie die „Unabhängigen Demokraten“ des ehemaligen

Außenministers Adnan Patschatschi oder die „Nationale Demokratische Partei“ sind keine Massenbewegungen wie die religiösen Parteien der Schia.

Der sich abzeichnende Wahlsieg der Schiiten treibt inzwischen nicht nur die irakischen Sunniten um, sondern beunruhigt zunehmend auch die arabischen Nachbarstaaten. Jordanien drängt sunnitische Parteiführer aus dem Irak seit Wochen, sich trotz aller Empörung an den Wahlen zu beteiligen; andere arabische Führer raten sunnitischen Politikern zu religionsübergreifenden Koalitionen: Die einzige Überlebenschance für die zahlenmäßig unterlegenen Sunniten des Irak liege in Wahlbündnissen mit Schiiten.

Diesen Weg jedoch haben die Regierungen in Bagdad und Washington den Sunniten nun wohl verbaut. „Der teuflische Angriff auf Falludscha beweist, dass die Übergangsregierung von Premier Alawi und die Besatzer überhaupt nicht an einer Befriedung des Landes interessiert sind“, sagt der Politologe Wamid Nadhmi, Vorsitzender der Arabischen Nationalistischen Bewegung. Seine Anhänger und sieben weitere Gruppen wollen die Wahlen boykottieren, wenn sie so durchgeführt werden wie bislang vorgesehen.

Stattdessen fordern die verbitterten Sunnitenführer die Einrichtung einer internationalen Wahlkommission, der unter anderem der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter, der künftige EU-Außenminister Javier Solana und der deutsche Außenminister Joschka Fischer angehören sollen. Diese Gruppe solle die Wahl organisieren, überwachen und über die Legitimität des Ausgangs entscheiden.

Dass Washington einen derartigen Vorschlag akzeptieren wird, ist schwer vorstellbar. In der US-Botschaft am Tigris werden offenbar ganz andere Pläne gewälzt.

Anstatt mehrere Dutzend großer und kleiner Parteien frei gegeneinander antreten zu lassen, bevorzugen Amerikas Diplomaten inzwischen eine einzige Wahlliste, auf der Kandidaten aller großen Parteien zusammengefasst sind.

Diese „Monster-Koalition“, so schreibt die „Washington Post“, könnte die Macht und alle Regierungsposten bereits vor der Wahl verteilen und sich am 27. Januar lediglich in einer Art Referendum bestätigen lassen.

Dieses Verfahren, glaubt ein europäischer Diplomat in Bagdad, könnte zwar kleineren Gruppen wie den Sunniten einen Anteil an der Macht sichern – doch es werde aufs Spiel setzen, was der Irak zurzeit am dringendsten benötige: eine Führung, die von der Mehrheit der Bevölkerung als legitim anerkannt wird.

„Die Optionen im Irak“, sagt der Diplomat, „werden immer schlechter. Es bleibt nicht mehr viel übrig als die Wahl zwischen Pest und Cholera.“

BERNHARD ZAND